



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 22. September 2017

TOP29: Schulen an prekären Standorten bedarfsgerecht fördern – „Sozialfaktor“ bei der Lehrerrzuweisung einrichten

Martin Habersaat:

Die Guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen?

Ende 2016 haben die Leitungen einiger Gemeinschaftsschulen den Verein „Schulen am Wind“ gegründet, der sich als Lobby für eine bessere Versorgung von Gemeinschaftsschulen an schwierigen Standorten und zugunsten einer umfassenderen Unterstützung für deren Schülerinnen und Schüler versteht. Dieser Verein steht im Kontakt mit dem Bildungsministerium. Das war auch schon vor der Landtagswahl so, und mit den Parteien und Fraktionen. Viele Parteien haben schließlich auch entsprechende Forderungen in ihre Wahlprogramme aufgenommen. Bei den Grünen hieß das „Bildungsbonus“, bei der SPD war von einem „Sozialindex“ nach Hamburger Vorbild zu lesen - in beiden Fällen übrigens mit der Möglichkeit zusätzlicher Unterstützung für Schulen aller Schularten.

Woran der Verein mit Sicherheit kein Interesse hat, ist, sich vor den Wagen der sogenannten AfD spannen zu lassen. Diese Leiterinnen und Leiter von Gemeinschaftsschulen stellen nicht die

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Schulreformen der Jahre 2007 bis 2014 – und damit ihre eigene Schulart - in Frage, sondern sie mahnen völlig zu Recht an, dass zur Bildungsgerechtigkeit auch ein Nachteilsausgleich gehört.

Die PISA-Untersuchungen zeigen, dass Deutschland aufgrund vielfältiger Reformen schrittweise besser wird, was den fatalen Link zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen angeht, aber wir sind noch nicht da, wo wir sein wollen. Das Wahlrecht der Eltern, an welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen, ist ein hohes Gut. Aber es birgt das Risiko der sozialen Entmischung.

Das wird durch die Politik der Landesregierung noch verschärft, die darauf hinausläuft, die Gymnasien im Wettbewerb mit den Gemeinschaftsschulen -beispielsweise durch Bonusstunden ausschließlich für Oberstufen an Gymnasien - so zu bevorzugen, dass sie die leistungsstärksten Schüler von den Gemeinschaftsschulen abwerben. Im Gegenzug droht die schwarze Ampel im Koalitionsvertrag an, Schrägversetzungen wieder vermehrt zu ermöglichen. Die Guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen?

Es kommt nicht von ungefähr, dass der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen in seiner Pressemitteilung von letztem Dienstag von der aktuellen Bildungspolitik als „großem Sorgenpunkt“ schreibt. Übrigens werden auch der von Ihnen angekündigte Bonus für kleine Grundschulen und die zusätzlichen Mittel für Ersatzschulen eher nicht solchen Schulen „am Wind“ helfen. Wir müssen ehrlich sagen: Integration, Inklusion und Differenzierung sind Aufgaben, vor die wir die Schulen in unserem Land in sehr unterschiedlichem Ausmaß stellen. Und wir müssen feststellen: Die Gemeinschaftsschulen können und wollen keine Schülerinnen und Schüler aussortieren. Aber sie brauchen ausreichende Ressourcen, um ihre heterogene Schülerschaft optimal zu fördern.

Niemand von uns kann ernsthaft wollen, dass sich Schulen in unseren Städten zu „Restschulen“ entwickeln. Wenn Bewerber für Ausbildungs- und Arbeitsplätze aussortiert werden, weil die Unternehmen Absolventen einer derartigen Schule grundsätzlich nicht haben wollen, wäre das der Bankrott des Schulsystems. Wir beantragen deshalb, dass die Landesregierung einen Sozialindex für die Schulen erarbeitet, der die Grundlage dafür ist, einen Schlüssel für eine zusätzliche Förderung der Brennpunktschulen mit Lehrkräften, Schulsozialarbeit und anderen geeigneten Unterstützungsmaßnahmen zu schaffen. Auch die Ausweitung der von der Küstenkoalition eingeführten Schulassistenz oder der von der Küstenkoalition erweiterten

Differenzierungsstunden könnten geeignete Mittel sein - übrigens für alle Schularten! Den Blick allein auf Lehrerstellen halten wir für verkürzt.

Der Antrag der Koalition gibt das her. Dem Auftrag an die Landesregierung zur Konzepterstellung stimmen wir zu. Wir bitten außerdem darum, unserem Antrag in den Ausschuss zu überweisen, damit wir nicht erst im Oktober 2018 wieder über dieses Thema sprechen.

Den Antrag der sogenannten AfD lehnen wir ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.